

Stadt Winterthur



Legislaturbericht

2014 -

2018



Vorwort

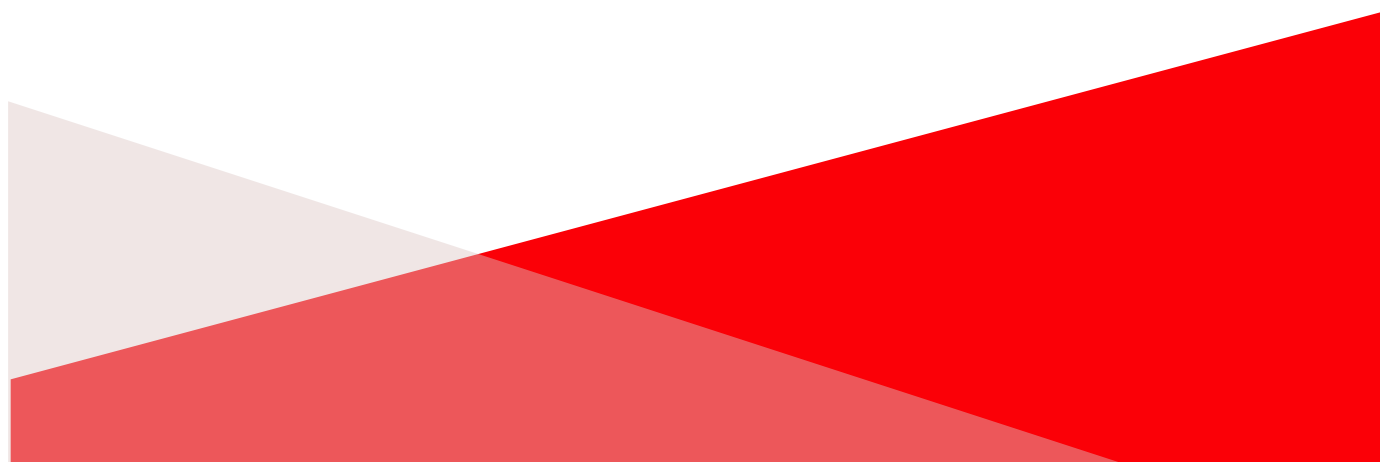
Der Stadtrat hat zusammen mit der Stadtverwaltung in der vergangenen Legislatur 2014 – 2018 viele Projekte angestossen, vorangetrieben und abgeschlossen, diverse Massnahmen in den verschiedensten Bereichen umgesetzt und wertvolle Dienstleistungen zugunsten der Bevölkerung und der Wirtschaft erbracht; immer im Bestreben, das Beste für Winterthur herauszuholen.

Im vorliegenden Bericht informiert der Stadtrat über seine Tätigkeiten in dieser vergangenen Legislatur. Zu Beginn der Amtsperiode hat der Stadtrat abgeleitet von und einhergehend mit der Zwölfjahresstrategie sechs Schwerpunkte mit 22 Zielen und insgesamt 76 Massnahmen festgelegt. Auf den folgenden Seiten zieht der Stadtrat Bilanz. Massgeblich sind dabei die Entwicklungen bis Ende November 2017. Vieles ist gelungen, an einigen Projekten oder Massnahmen wird weitergearbeitet.

Der Stadtrat bedankt sich bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Winterthur für deren Einsatz und Arbeit und freut sich auf die weitere Zusammenarbeit im Interesse unserer Stadt Winterthur.



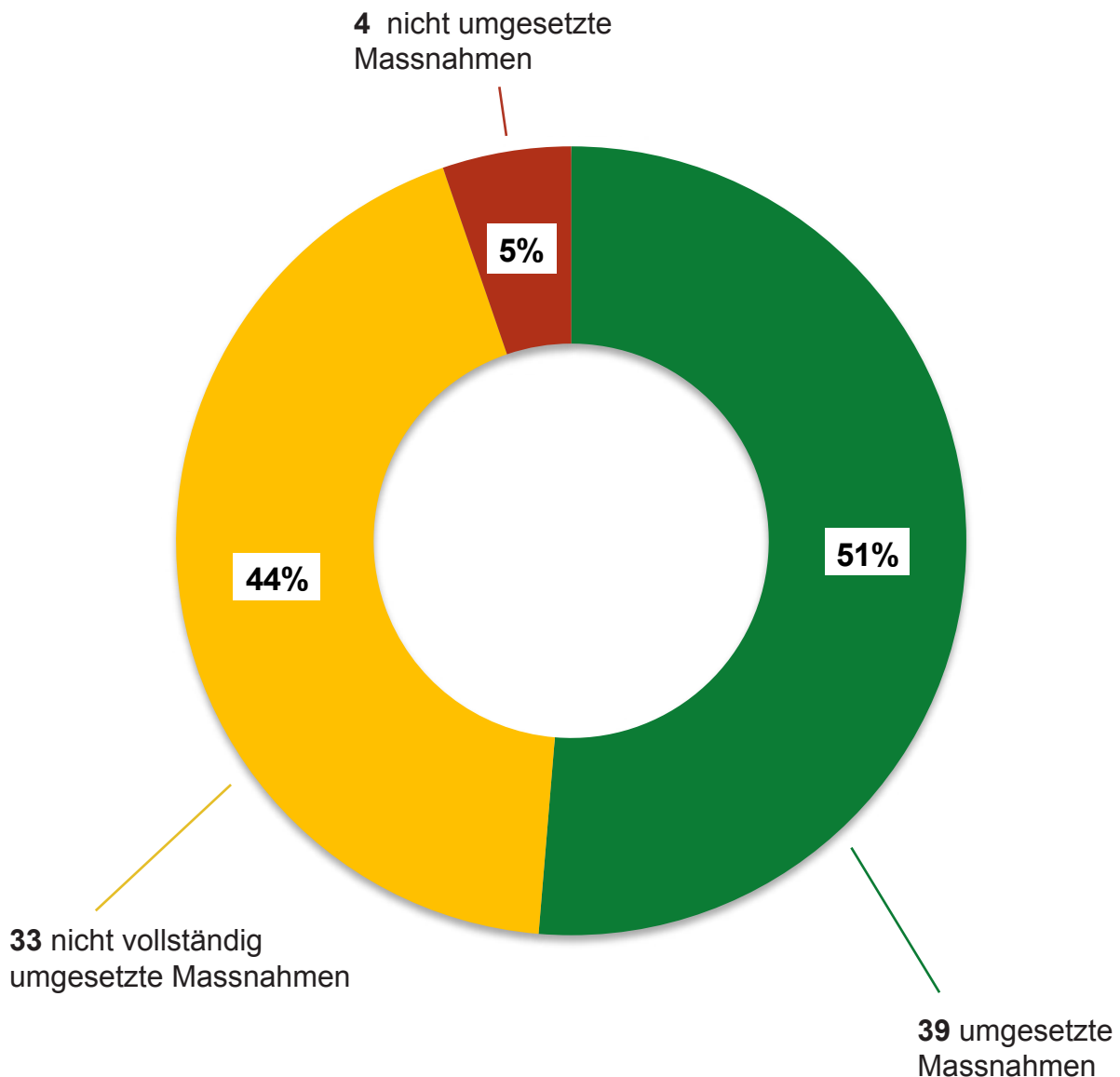
Michael Künzle
Stadtpräsident



Einleitung

Der Stadtrat hat über die ablaufende Legislaturperiode Bilanz gezogen. Die vergangenen vier Jahre waren unter anderem geprägt vom Bestreben, die finanzielle Lage der Stadt zu verbessern und gleichzeitig die hohe Lebensqualität zu erhalten. In seinem Fazit kommt der Stadtrat zum Schluss, dass der überwiegende Teil der gesetzten Ziele und getroffenen Massnahmen erreicht respektive umgesetzt werden konnte.

Im September 2014 präsentierte der Stadtrat der Öffentlichkeit seine 12-Jahres-Strategie und die darauf basierenden Legislatorschwerpunkte. Während die 12-Jahres-Strategie die strategischen Ziele bis ins Jahr 2026 festhielt, beinhalteten die Legislatorschwerpunkte konkrete, überprüfbare Massnahmen in sechs Bereichen für den Zeitraum 2014 bis 2018. Zum Ende der laufenden Legislatur hat der Stadtrat die gesetzten Ziele und die definierten Massnahmen überprüft. Er zieht eine grundsätzlich positive Bilanz, da zentrale Projekte bereits vollständig umgesetzt oder zumindest entscheidend angeschoben werden konnten.



Langfristziele der Zwölfjahresstrategie

Schwerpunkt 1 Finanzen (Seiten 6-9)

Die Finanzierung des Leistungsangebots ist sichergestellt.

Schwerpunkt 2 Wirtschaft (Seiten 9-12)

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze wird durch gute Rahmenbedingungen gefördert, und bestehende Arbeitsplätze werden erhalten. Einer Clusterbildung, die diesem Ziel dient, wird besondere Beachtung geschenkt.

Schwerpunkt 3 Kultur (Seiten 12-13)

Winterthur ist eine Kulturstadt mit grosser Ausstrahlung nach aussen und Vielfalt nach innen.

Schwerpunkt 4 Verkehr (Seiten 14-15)

Das Verkehrssystem funktioniert gemäss städtischem Gesamtverkehrskonzept. Das übergeordnete Strassennetz ist funktionsfähig für alle Verkehrsträger, und in den Quartieren sind weitere Massnahmen zum Wohnschutz getroffen.

Schwerpunkt 5 Zusammenhalt und Lebensqualität (Seiten 16-20)

Das respektvolle und sichere Zusammenleben sowie die hohe Lebensqualität werden erhalten und gefördert.

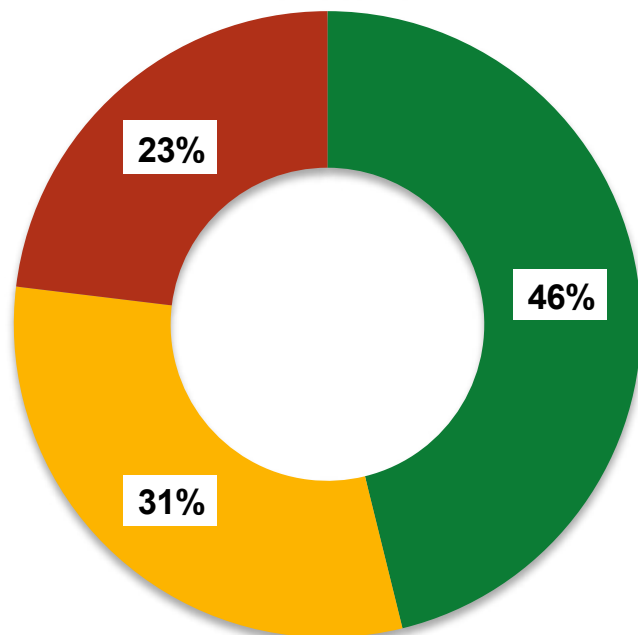
Schwerpunkt 6 Stadtverwaltung (Seiten 20-22)

Eine innovative, kostengünstige, kundenfreundliche und effiziente Verwaltung stellt sicher, dass die gesetzten Ziele erreicht werden und dass sie selbst in einem sich ständig verändernden Umfeld bestehen kann.

Schwerpunkt 1 Finanzen

Die Sanierungsprogramme «effort14+» und «Balance» hatten einen positiven Einfluss auf die Entwicklung des Finanzhaushalts der Stadt. Die geplanten Massnahmen, die mittlerweile zu einem grossen Teil umgesetzt sind, führten zu einem deutlich verbesserten Finanzhaushalt und zu einem Ertragsüberschuss in der Rechnung 2016 sowie zu einem positiven Budget 2018. Nebst den Sparmassnahmen hat auch die Steigerung der Steuerkraft pro Kopf zum positiven Ergebnis beigetragen.

Der Stadtrat setzte sich zudem aktiv für einen fairen Sozillastenausgleich und die eidgenössische Steuervorlage 17 ein. Die Verschuldung der Stadt wuchs allerdings weiterhin an. Der geplante Investitionsplafond konnte nicht eingehalten werden. Um den Abbau der Nettoschuld nachhaltig voranzutreiben, hat der Stadtrat die Finanzstrategie 2016–2030 verabschiedet und dem GGR einen Antrag über die Verankerung einer Schuldenbremse in der Gemeindeordnung gestellt. Das Geschäft ist in der Aufsichtskommission des GGR hängig.



Äufnung Eigenkapital

Umsetzung Massnahmen Sanierungsprogramm «effort 14+»

Das im Jahr 2013 vom Stadtrat verabschiedete Sanierungsprogramm «effort 14+» mit Entlastungen von jährlich wiederkehrend rund 47 Mio. Fr. wurde zu 90 % umgesetzt.

Durchführung und Umsetzung Massnahmen Entlastungsprogramm «Balance»

Der Stadtrat verabschiedete im Jahr 2015 das Entlastungsprogramm «Balance». Wiederkehrend sollte der Finanzhaushalt ab 2019 jährlich um 43,6 Mio. Fr. entlastet werden. Zwei Drittel der Massnahmen mit jährlichen Entlastungen von rund 27,7 Mio. Fr. konnten umgesetzt werden. Noch sind verschiedene Projekte offen. Nicht umgesetzt wurden Massnahmen von rund 9,4 Mio. Fr. aufgrund negativer Volks- resp. Gemeinderatsentscheide.

Periodische Überprüfung der Aufgaben und Leistungen der Stadt Winterthur auf ihre Angemessenheit (Effektivität) und Wirtschaftlichkeit / Zielerreichung (Effizienz)

Diese laufende Aufgabe wurde mit verschiedenen Projekten vertieft. Im Rahmen des Sanierungsprogrammes «effort 14+» und des Entlastungsprogrammes «Balance» wurden die Leistungen der Stadt auf Effektivität und Effizienz überprüft.

Umsetzung der Finanzstrategie und Einführung einer Schuldenbremse

Der Stadtrat hat im Jahr 2016 die Finanzstrategie 2016-2030 verabschiedet und dem GGR den Antrag über die Verankerung einer Schuldenbremse in der Gemeindeordnung gestellt, welche die Äufnung von Eigenkapital und die Stabilisierung bzw. den Abbau der Verschuldung zum Ziel hat. Das Geschäft ist in der Aufsichtskommission des GGR hängig. Die vom Stadtrat im Budget 2018

beantragte Steuersenkung hat standortfördernde Gründe, steht aber im Zielkonflikt mit der Finanzstrategie.

Unternehmenssteuerreform: Ziel einer fairen Lösung für Winterthur

Die Unternehmenssteuerreform III wurde am 12. Februar 2017 von den Schweizer Stimmberechtigten abgelehnt. Nun liegt eine neue Steuervorlage 17 vor. Der Stadtrat unterstützt gemeinsam mit dem Regierungsrat, Städteverband und dem Gemeindepräsidentenverband die Stossrichtung der Bundesvorlage. Ebenso begrüsst der Stadtrat im Grundsatz die vom Regierungsrat vorgelegte Strategie zur kantonalen Umsetzung.

Einführung einer kantonalen Lösung betreffend Soziallastenausgleich

Ein fairer Ausgleich der Soziallasten auf kantonalen Ebene ist für die Stadt essentiell, um den Finanzhaushalt nachhaltig ins Lot zu bringen. Der Stadtrat engagiert sich zusammen mit weiteren Gemeinden und dem Gemeindepräsidentenverband für eine dahingehende Lösung. Die zuständige Kommission des Kantonsrates hat die Beratung des Geschäfts aufgenommen und der Regierungsrat sieht die Erhöhung des kantonalen Anteils an den Ergänzungsleistungen im Rahmen der kantonalen Umsetzung der Steuervorlage 17 vor.

Abbau Nettoschuld

Langjährige Investitionsplanung mit Darstellung des notwendigen Investitionsvolumens

Die neue Investitionsplanung mit einem Zeithorizont von 12 Jahren und einem klar definierten Prozess zur Aufnahme neuer Projekte durch den Stadtrat sowie einem jährlichen Investitionsplafond von 60 Mio. Fr. bzw. ab 2016 von 54 Mio. Fr. (ohne Alterszentren, da neu Eigenwirtschaftsbetrieb) trägt dazu bei, die weitere Verschuldung durch übermässige Investitionen zu regulieren.

Anpassung des Investitionsvolumens an die Finanzierbarkeit

Der Investitionsplafond konnte in der bisherigen Planung nicht eingehalten werden. Ebensovwenig konnte die Nettoverschuldung abgebaut werden. Der Anstieg von 614 Mio. Fr. (2014) auf 764 Mio. Fr. (2016) ist insbesondere auf die Rückstellung zur Sanierung der Pensionskasse (144 Mio. Fr.) zurückzuführen. Die Finanzstrategie sowie der stadträtliche Antrag zur Schuldenbremse zeigen einen Weg auf, wie die Nettoverschuldung abgebaut werden kann. Eine erfolgreiche Umsetzung bedingt jedoch die Einhaltung des Plafonds, was aufgrund grosser Infrastrukturprojekte mittelfristig kaum erreichbar sein wird.

Fokussierung und Förderung zentraler Projekte und Verzichtsplannung in übrigen Bereichen

Im Rahmen der Investitionsplanung ist der Fokus auf den Erhalt und die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur zu legen. Ein Vergleich der durchschnittlichen Nettoinvestitionen ins allgemeine Verwaltungsvermögen der Jahre 2010-2013 von 72 Mio. Fr. pro Jahr gegenüber den Jahren 2014-2016 zeigt eine Reduktion um 10 Mio. Fr. auf 62 Mio. Fr pro Jahr.

Umsetzung der Finanzstrategie und Einführung einer Schuldenbremse

Der Stadtrat hat im Jahr 2016 die Finanzstrategie 2016-2030 verabschiedet und dem GGR den Antrag über die Verankerung einer Schuldenbremse in der Gemeindeordnung gestellt, welche die Äufnung von Eigenkapital und die Stabilisierung bzw. den Abbau der Verschuldung zum Ziel hat. Das Geschäft ist in der Aufsichtskommission des GGR hängig. Die vom Stadtrat im Budget 2018 beantragte Steuersenkung hat standortfördernde Gründe, steht aber im Zielkonflikt mit der Finanzstrategie.

Verbesserung der Steuereinnahmen

Gezielte Förderung des Steuersubstrats

Mit Massnahmen zur Standortförderung wird die Erhöhung des Steuersubstrats vorangetrieben. Über die Jahre 2013-2016 nahm die Steuerkraft pro Kopf um 2,6 % zu (2013: 2777 Fr., 2014: 2802 Fr., 2015: 2746 Fr., 2016: 2851 Fr.).

Gezielte Standortförderung für juristische Personen mit hoher Wertschöpfung oder mit grossem Potenzial

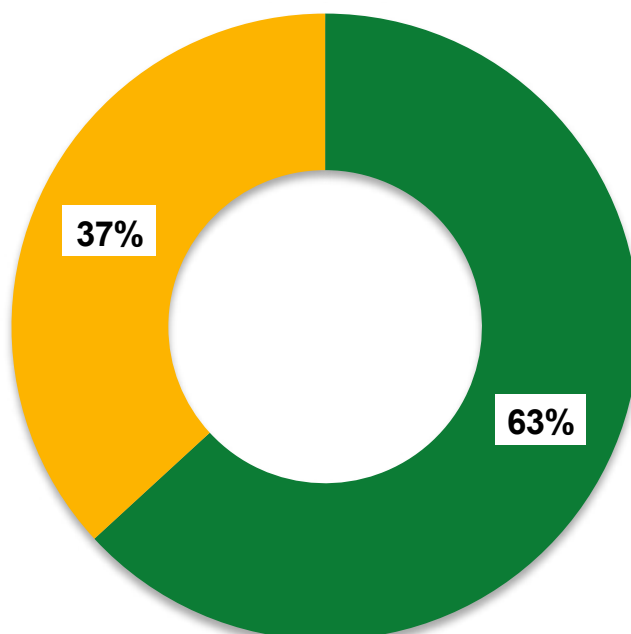
Bei der Abgabe von Industrie- und Gewerbeland wird ein Kriterienraster eingesetzt, der auch das Steuersubstrat der Unternehmung beinhaltet. Die vom Stadtrat im Jahr 2017 bestätigte Wohnpolitik zielt u.a. auf die Förderung des Wohnraumangebots im hohen Preissegment und damit auf die langfristige Stärkung der Steuerkraft ab. Die Umsetzung der Motion «Baurecht statt Landverkäufe» könnte sich wiederum negativ auf die Zielerreichung auswirken.

Förderung der Ausstrahlung der Stadt Winterthur als attraktive Standortgemeinde für Firmen und gut verdienende Einwohnerinnen und Einwohner

Die Förderung der Ausstrahlung der Stadt als attraktive Standortgemeinde ist der Auftrag der Standortförderung Region Winterthur und Winterthur Tourismus, die unter dem Dach House of Winterthur zusammengeführt wurden. Des Weiteren enthält die «Impulsstrategie Arbeitsplätze» Elemente zur Promotion der Stadt. Gemäss dem Städtevergleich von Wüest & Partner steht die Stadt Winterthur betreffend Lebensqualität weiterhin auf Platz 3.

Schwerpunkt 2 Wirtschaft

Der Stadtrat hat die «Impulsstrategie Arbeitsplätze» verabschiedet und eine Stelle zur Unterstützung des Ansiedlungsprozesses von Firmen geschaffen. Zudem nahm die Stimmbevölkerung im Mai 2017 die Zusammenlegung von Standortförderung Region Winterthur und Winterthur Tourismus unter dem Dach House of Winterthur an. Zusammen mit dem House of Winterthur erarbeitete der Stadtrat die «Standortstrategie 2030» und verabschiedete Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität wie das weiterentwickelte Gewerbelandportfolio oder die elektronische Baugesuchsbearbeitung. Nachdem die erste Vorlage für die Revision der Parkplatzverordnung (PPVO) vom Volk 2015 abgelehnt worden war, präsentierte der Stadtrat im November 2017 eine überarbeitete PPVO, die zurzeit öffentlich aufgelegt ist und in diesem Jahr im Parlament behandelt wird.



Umsetzen der Impulsstrategie

Verabschiedung der Impulsstrategie

Der Stadtrat hat im Jahr 2015 auf Grundlage eines Expertenberichts von BHP Brugger und Partner die «Impulsstrategie Arbeitsplätze» verabschiedet.

Erfahrungsaustausch Dienstleistungsqualität umsetzen

Die Winterthurer Stimmbevölkerung hat im Jahr 2017 die Zusammenlegung von Standortförderung Region Winterthur und Winterthur Tourismus unter dem Dach House of Winterthur angenommen. Im Rahmen der «Impulsstrategie Arbeitsplätze» wurde eine neue Stelle zur Unterstützung des Ansiedlungsprozesses von Firmen geschaffen. Erfahrungsaustausch und Gespräche können nun nach der erfolgten Reorganisation vertieft werden.

Prozesse optimieren, «One-Stop-Shop» als strategische Schaltstelle etablieren

Die Prozesse für Neuansiedlungen und Umzüge bzw. Weiterentwicklungen ansässiger Firmen sind definiert. Im Rahmen der Prozessoptimierung wurden zudem Arbeitsinstrumente verbessert und erarbeitet (u.a. Gewerbelandportfolio).

Politisches Commitment zur Wirtschaft stärken und Kommunikationsstrategie erarbeiten

Der Stadtrat versteht die Umsetzung der Massnahme als Daueraufgabe: Eine optimierte Kommunikationsplanung und Koordination zwischen allen Akteuren wird umgesetzt. Bestehende Anlässe werden zur Kommunikation der Wirtschaftsziele genutzt (z.B. Präsentationen Stadtpräsident; Promotionevents wie Impuls-Summit; Kommunikation von Ansiedlungserfolgen)

Inhaltliche Positionierung Winterthurs schärfen

Die «Standortstrategie 2030» für die Stadt ist im Zusammenhang mit dem Aufbau von House of Winterthur durchgeführt worden. Darauf aufbauend wird die neue Marke Winterthur erarbeitet.

Attraktivität als Standort für Jungunternehmer herausheben

Aufgrund von knappen finanziellen Ressourcen wurde diese Massnahme zeitlich zurückgestellt. Dies vor dem Hintergrund, dass sich bereits der Technopark und die ZHAW mit diesem Thema befassen. Die Vernetzung mit diesen Partnern ist eine zentrale Aufgabe des House of Winterthur.

Potenzialgebiete (Arbeitsplatzgebiete) definieren

Der Umgang mit Arbeitsplatzgebieten ist bei der Stadtentwicklung ein Schwerpunktthema und ist komplex (z.B. Verfügbarkeit, Kooperationen mit Grundeigentümern, städtebauliche Fragestellungen). Erste Potenzialgebiete wurden in einer Übersichtskarte (publiziert im Magazin «Hochparterre») und im Gewerbelandportfolio dargelegt.

Bestehendes Gewerbelandportfolio weiterentwickeln

Das elektronische Gewerbelandportfolio wird seit dem zweiten Halbjahr 2017 von Stadtentwicklung und House of Winterthur (vorerst nur) intern genutzt. Des Weiteren wird im Jahr 2018 im kantonalen Geoinformationssystem (GIS) ein Layer zum Thema Arbeitsplatzgebiete aufgeschaltet.

Immobilieigentum der Stadt aktiv nutzen (städtische Bodenpolitik)

Der Stadtrat versteht die aktive Umsetzung der Massnahme als Daueraufgabe. In der abgeschlossenen Legislatur wurden mehrere Landgeschäfte mit wirtschaftspolitischem Nutzen abgeschlossen. Weitere Liegenschaftsgeschäfte sind in Bearbeitung: z.B. Standort Wyden: Demenzklinik (über 100 Arbeitsplätze); Industrieland Frauenfelder- und Friedhofstrasse; Projekt Gewerbehäuser Taggenberg; Potenzialstudie für Liegenschaft Vogelsangstrasse 11. Berührungspunkte bestehen auch zur Wohnpolitik: Gute Lagen sollen für Wohnen im höheren Preissegment besser genutzt werden (mit dem Ziel, die Steuerkraft der Stadt zu verbessern).

Strategisch relevante Flächen Dritter mitentwickeln

Der Stadtrat konnte für das Rieter-Areal sowie das SBB-Areal «Gleisraum Mitte» eine Zusammenarbeit initialisieren. Des Weiteren wird die Weiterentwicklung von mehreren bestehenden Unternehmensstandorten städtisch begleitet (z.B. Kistler AG, Swica).

Weitere Massnahmen

Intensivierung des Kontakts zu privaten Eigentümern von Industrie- und Gewerbeland von strategischer Bedeutung

Der Stadtrat konnte für das Rieter-Areal sowie das SBB-Areal «Gleisraum Mitte» eine Zusammenarbeit initialisieren. Im Jahr 2017 konnte der Stadtrat erste Gespräche mit wichtigen Akteuren im Gebiet Grüze/Neuhegi aufnehmen.

Bereitstellung einer Anwendung zur elektronischen Baugesuchsbearbeitung (eBAGE)

Die elektronische Baugesuchsbearbeitung wurde im Jahr 2016 in Betrieb genommen.

Verstärkte Bearbeitung Hightech-, Gesundheits- und Bildungscluster

Der Stadtrat versteht die Umsetzung der Massnahme als Daueraufgabe. Verschiedene Veranstaltungen (Int. Berufsbildungskongress u.a.), Netzwerke und Cluster wurden gefördert. Partner sind u.a. HAW, ZHAW, Swissmem, diverse Unternehmen. Das House of Winterthur ist geeignet positioniert, um diese Aufgabe voranzubringen.

Engere Zusammenarbeit zwischen Stadtentwicklung, Standortförderung und Winterthur Tourismus: Markenrat (Geschäftsstelle)

Die Winterthurer Stimmbevölkerung hat am 21. Mai 2017 die Zusammenlegung von Standortförderung Region Winterthur und Winterthur Tourismus unter dem Dach House of Winterthur angenommen. Die Etablierung des integrierten Standortmarketings erfolgte per Ende 2017.

Engere Zusammenarbeit zwischen Stadtentwicklung, Standortförderung und Winterthur Tourismus: effizientere Aufgabenteilung.

Nachdem die Winterthurer Stimmbevölkerung am 21. Mai 2017 eine entsprechende Vorlage angenommen hat, konnte das House of Winterthur seine Arbeit aufnehmen. Im Strategieprozess im Vorfeld der Gründung wurden Prozesse und die Aufgabenteilung der verschiedenen Partner festgelegt.

Parkplatzverordnung

Nachdem die letzte Revisionsvorlage vom Stimmvolk am 18. Oktober 2015 mit einem Mehr von 60,1 Prozent abgelehnt wurde, folgte ein neuer Revisionsprozess unter Beteiligung der Befürworter und Gegner der verworfenen Vorlage sowie unter Beizug von Fachleuten von innerhalb und ausserhalb der Verwaltung. Im Jahr 2017 wurde die neue Parkplatzverordnung (PPVO) der Öffentlichkeit vorgestellt. Dem Grossen Gemeinderat soll sie bis Mitte 2018 vorgelegt werden.

Parkraumplanung

Der Stadtrat hat den Planungsbericht «Parkraumplanung und Parkraumbewirtschaftung» im Jahr 2016 zur Kenntnis genommen. Auf der Basis dieses Konzeptes wird nun ein Umsetzungsplan erarbeitet. Ziel ist die Umsetzung innert drei Jahren.

Zentrale Infrastrukturbauten (wie Zentrumserschliessung und Querung Grüze)

Zentrumserschliessung Neuhegi: Der Richtplaneintrag wurde vom Kantonsrat im Jahr 2017 genehmigt. Weil der planungsrechtliche Eintrag länger dauerte als ursprünglich angenommen, wird der Projektierungskredit erst später gesprochen werden können.

Querung Grüze: Das Vorprojekt liegt vor. Im Jahr 2016 wurden das öffentli-

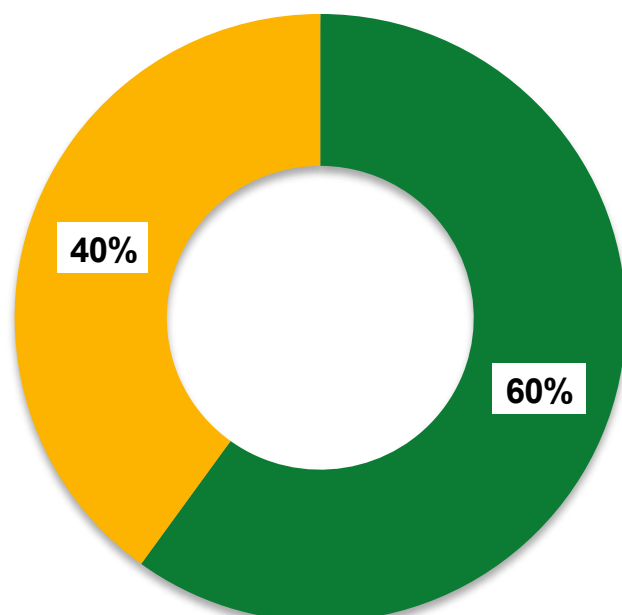
che Einwendungsverfahren und bis Mitte Dezember 2017 die öffentliche Planaufgabe durchgeführt. Die Volksabstimmung wird frühestens im Herbst 2018 angesetzt werden können.

Verstärktes Lobbying bei Bund, Kanton, Metropolitankonferenz, Handelskammern usw. für den Standort Winterthur

Der Stadtrat hat im Jahr 2017 die Pflege seiner Aussenbeziehungen überprüft und aktualisiert. Der Stadtpräsident vertritt in mehreren Organisationen die Interessen der Stadt, so zurzeit u.a. als Präsident des Vereins Metropolitanraum Zürich. Alle Exekutivmitglieder sind im Rahmen ihrer departementalen Aufgaben in enge Netzwerke eingebunden, so z.B. mit regelmässigen Gesprächen mit dem Regierungsrat, im Gemeindepräsidenten- oder Städteverband und in weiteren Fachverbänden.

Schwerpunkt 3 Kultur

Der Stadtrat verabschiedete im Jahr 2015 ein neues Kulturleitbild. Auf Basis dieses Kulturleitbildes wurden Entscheidungsgrundlagen für die Erneuerung der befristeten Subventionsbeträge erarbeitet. Nachdem der Grosse Gemeinderat die Beiträge genehmigte, sind die auf vier Jahre befristeten Subventionsverträge per 2017 in Kraft getreten. Ausserdem verabschiedete der Stadtrat das Museumskonzept und die Drei-Häuser-Strategie im Jahr 2015. Das Parlament bewilligte die damit verbundene Subventionserhöhung. Der Kanton sprach seinerseits Mittel im Umfang von 6,5 Millionen Franken zur Sanierung und zum Umbau der Villa Flora.



Kulturleitbild

Kulturleitbild verfassen (bis Ende 2014)

Der Stadtrat hat im Jahr 2015 das neue Kulturleitbild verabschiedet. Dieses Kulturleitbild wurde in einem partizipativen Prozess mit rund 100 Vertreterinnen und Vertretern aus Kultur, Politik, Wirtschaft und Verwaltung erarbeitet und legt zwei Schwerpunkte fest: Museen und Musik.

Subventionsverträge

Bis Ende 2015: Subventionsverträge aushandeln

Auf Basis des neuen Kulturleitbilds wurden Entscheidungsgrundlagen für die Erneuerung der befristeten Subventionsverträge erarbeitet. Der GGR hat im Jahr 2016 die Beiträge verabschiedet und den Stadtrat zum Abschluss der neuen Verträge ermächtigt. Die neuen, auf vier Jahre befristeten Subventionsverträge sind per 2017 in Kraft getreten. Sie können vom Stadtrat um weitere vier Jahre verlängert werden. Damit wird die Vielfalt der Kulturstadt gestärkt.

Theater Winterthur in privatrechtliche Trägerschaft überführen, Volksabstimmung Subvention vorbereiten

Antrag und Bericht zur Motion zur Auslagerung des Theater Winterthur in eine gemeinnützige Trägerschaft wurden dem GGR Ende 2014 vorgelegt. Der GGR hat die Motion im Jahr 2016 erheblich erklärt. Die Umsetzungsvorlage zuhanden von GGR und Winterthurer Stimmbevölkerung ist in Arbeit.

Museumskonzept

Museumskonzept aktualisieren, Umsetzungsschritte planen, Volksabstimmung Flora/Kunstverein vorbereiten, Umbau Flora beginnen

Der Stadtrat hat das neue Museumskonzept und damit die so genannte Drei-Häuser-Strategie im Jahr 2015 verabschiedet. Die Finanzierung ist durch die vom GGR im Jahr 2017 bewilligte Subventionserhöhung sowie durch eine Erhöhung des kantonalen Betriebsbeitrags für den Kunstverein gesichert. Für die Sanierung und den Umbau der Villa Flora hat der Kanton Beiträge von insgesamt 6,5 Mio. Franken bewilligt. Die Umsetzung der nächsten Etappen des Museumskonzepts fällt in die neue Legislaturperiode. Damit kann das vorhandene Potenzial der Winterthurer Museen besser genutzt werden.

Drittmittel

Institutionen mit Unterstützung von Stadt verhandeln mit Bund, Kanton, Privaten

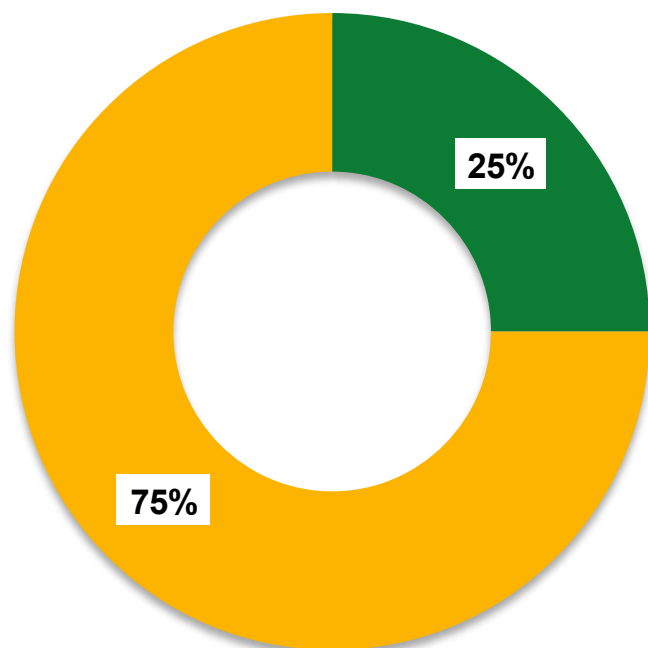
Die Stadt ist an verschiedenen Netzwerken beteiligt. Gemeinsam finanzierte Projekte sind zum Beispiel Auslandsateliers (mit anderen Städten), Comicstipendien (mit anderen Städten), städtische Ateliers (mit einer Stiftung). Die Stadt fungiert zudem als Türöffnerin zwischen den Partnerinnen und weiteren Beteiligten. Kanton und Private haben ihre Beiträge an die Institutionen teilweise erhöht (städtisches Museumskonzept etc.). Da die Beiträge in der Regel befristet sind, versteht der Stadtrat die Massnahme als Daueraufgabe.

Schwerpunkt 4 Verkehr

Die in Angriff genommenen Verkehrsinfrastrukturprojekte sind weitgehend auf Kurs. Die Gleisquerung Zürcherstrasse mit den Zwillingenplätzen wurde im Jahr 2016 eingeweiht. Die Kredite für die Querung Nord, für die Neugestaltung der Rudolfstrasse und für die Velostation wurden gesprochen.

Das Vorprojekt zur Querung Grüze ist mittlerweile abgeschlossen. Nach Verzögerungen hat der Kantonsrat den Richtplaneintrag für die Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze schliesslich genehmigt.

Im Bereich der Förderung des Öffentlichen Verkehrs bewilligte der Grosse Gemeinderat Mittel zur Umsetzung der Buspriorisierung im Umfang von 4,6 Millionen Franken.



Städtisches Gesamtverkehrskonzept (sGVK)

Umsetzung aller Massnahmen im Bereich Infrastruktur, Parkierung, Verkehrs- und Mobilitätsmanagement (Push- und Pull-Prinzip)

Der Stadtrat hat den Städtevergleich Mobilität, der im Jahr 2017 veröffentlicht wurde, zur Kenntnis genommen. In Winterthur hat sich der Modalsplit nicht wesentlich verändert. Allerdings muss der Anteil des motorisierten Individualverkehrs in den nächsten 10 Jahren abnehmen, um die Ziele des Gegenvorschlags zur «Städteinitiative» zu erreichen.

Verkehrsinfrastrukturprojekte

Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze (Kosten: 200 Mio. Fr, Umsetzung ab 2023, Projektierung 2014 - 2022)

Der Richtplaneintrag wurde vom Kantonsrat im Jahr 2017 genehmigt. Da der planungsrechtliche Eintrag länger dauerte als ursprünglich angenommen, wird der Projektierungskredit erst später gesprochen werden können.

Querung Grüze (Kosten: 55 Mio. Fr., Umsetzung ab 2018, Projektierung 2014 - 2018)

Das Vorprojekt zur Querung Grüze liegt vor. Im Jahr 2016 wurden das öffentliche Einwendungsverfahren und bis Mitte Dezember 2017 die öffentliche Planaufgabe durchgeführt. Die Volksabstimmung wird frühestens im Herbst 2018 angesetzt werden können.

Masterplan Stadtraum (Gleisquerung 2. Etappe, Rudolfstrasse, Veloquerung)

Die Gleisquerung wurde im Jahr 2016 vom Stadtrat eingeweiht. Die Kredite für die Veloquerung und die Personenunterführung Nord wurden vom GGR im Jahr 2015 und für die Neugestaltung Rudolfstrasse und Erstellung Velostation Nord im Jahr 2016 bewilligt. Der Spatenstich findet voraussichtlich Anfangs 2018 statt.

Buspriorisierung (Umsetzung Steuerungs- und Dosierungskonzept)

Der GGR hat im Jahr 2017 das Steuerungs- und Dosierungskonzept zustimmend zur Kenntnis genommen und einen Kredit von 4,6 Mio. Fr. für die Planung und Umsetzung der Priorisierung des Öffentlichen Verkehrs bewilligt.

Ausbau Busnetz (Wendeschlaufen und Linienverlängerung)

Im Rahmen des öffentlichen Mitwirkungsverfahrens wurden zur Wendeschleife Schloss Wülflingen dreizehn Einwendungen eingereicht. Diese werden von einem externen Ingenieurbüro abgeklärt. Der Ausführungskredit soll dem GGR möglichst bald vorgelegt werden. Eine öffentliche Veranstaltung über die Varianten der Buslinienverlängerung in Zinzikon wurde im Jahr 2017 durchgeführt. Die Linienführung und Machbarkeit soll im Jahr 2018 festgelegt und in drei Jahren realisierungsbereit sein.

Regionale Verkehrssteuerung (RVS)

Der Stadtrat hat im Jahr 2015 das Konzept zur Kenntnis genommen. In der Folge wurden die Kommission Bau und Betriebe, der Zweckverband Regionalplanung Winterthur und Umgebung und die Öffentlichkeit informiert. Die Projektierungskredite für die Lichtsignalanlagen sind im Budget eingestellt. Die Projekte werden durch das Tiefbauamt erarbeitet.

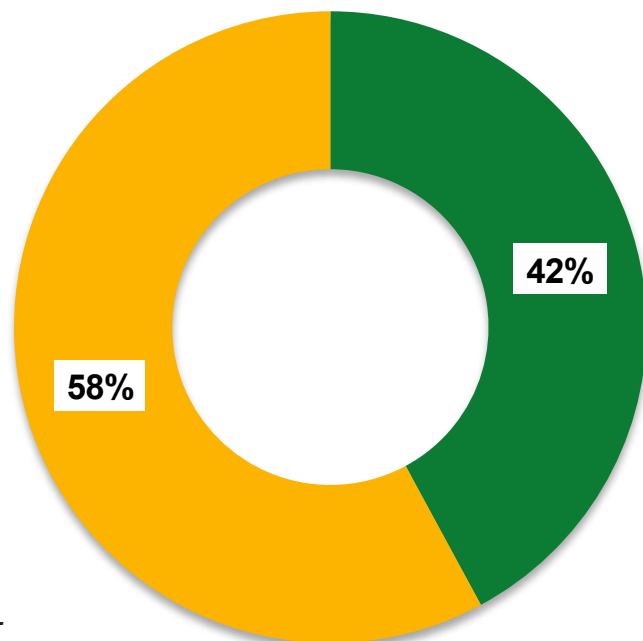
Lobbying: Pannenstreifenumnutzung und Bahn-Anbindung Zürich

Pannenstreifenumnutzung (PUN): Der Stadtrat hat im Jahr 2016 beim Projekt für den Ausbau der A4 Einsprache beim ASTRA erhoben. Das Ziel ist, eine verbindliche Zusage zu erhalten, dass die PUN Umfahrung Winterthur vor oder spätestens gleichzeitig mit der Eröffnung der vierspurigen A4 in Betrieb genommen wird.

Bahn-Anbindung Zürich: SBB und Stadt informieren sich anlässlich der regelmässigen Koordinations-, Jahres- und Fachgespräche über die Angebots- und Infrastrukturausbau Schritte (Leistungssteigerung Winterthur, Brüttener-Tunnel, Verbreiterung Mittelperrons, zusätzliche Gleisachse(n) und Perronkante(n) etc.).

Schwerpunkt 5 Zusammenhalt und Lebensqualität

Die Stadt Winterthur bietet weiterhin eine hohe Lebensqualität für alle. Nebst der aktiven Bewirtschaftung des öffentlichen Raums und der Umsetzung verschiedener Freiraumkonzepte investierte die Stadt in die Jugendarbeit, in die Frühförderung und in die Integrationsförderung. Sie betrieb ein Sozialraummonitoring und etablierte die Veranstaltungsreihe «Älter werden in Winterthur» sowie die Beratungsstelle für pflegende Angehörige. Dank der Stellenaufstockung bei der Stadtpolizei ist die Stadt auf gutem Wege, die Position als sicherste Grossstadt der Schweiz zu behaupten. Verbesserungspotenzial gibt es bei der Luftqualität und bei der Umsetzung der Massnahmen gemäss dem Energiekonzept 2050.



Lebensqualität

Der öffentliche Raum wird aktiv bewirtschaftet und die Brennpunkte werden im Rahmen des Sicherheitskonzeptes bearbeitet. Nutzungskonflikte werden aufgenommen und themenspezifisch mit den relevanten Stakeholdern angegangen (AHAB, Gastronomen-Netzwerk, IG Altstadt)

Der Stadtrat hat die Austauschgefässe mit relevanten Akteuren weiter gepflegt (AHAB, AG Altstadt), neue Kontakte hergestellt und Projekte angestossen, z.B. neues Online-Bewilligungstool, «Kultur- und Gastromanager», «Interkulturelle Kompetenz Stadtpolizei INKA» oder den Mitwirkungsprozess Dialogplatz (Werk 1). Das Erstellen eines Sicherheitskonzeptes hat sich aufgrund des GGR-Entscheids zur Stellenaufstockung verzögert. Die Stellenaufstockung bei der Stadtpolizei ist inzwischen im Gange.

Erstellen einer Freiraumstrategie, welche die Versorgung der Bevölkerung mit geeigneten Erholungsräumen und die ökologische Vernetzung verbessert (neue Massnahme)

Der Stadtrat liess auf der Basis des «Leitfadens Gartenstadt» Freiraumkonzepte (z.B. Neuheugi) erarbeiten und leitete Vorarbeiten für eine umfassende Freiraumstrategie in die Wege. Zur Begleitung des Prozesses wurde die Naturschutzkommission zu einer Natur- und Freiraumkommission aufgewertet und mit entsprechenden Fachpersonen besetzt.

Natürliche Lebensgrundlagen / 2000-Watt-Gesellschaft

Umsetzung Massnahmenplan zum Energiekonzept 2050, inkl. Vorbildwirkung der Stadt Winterthur und Umsetzung von Projekten zur Reduktion des Energieverbrauchs zusammen mit Partnern aus Wirtschaft und Forschung gemäss dem Konzept von Smart Cities

Die für 2020 definierten Zwischenziele sind bereits erreicht. Der Primärenergieverbrauch sowie der Anteil Kernenergie im Strommix gingen deutlich zurück, die Treibhausgasemissionen sind jedoch in etwa konstant geblieben. Zwar ist die Umsetzung der Massnahmen auf Kurs, die unsichere Zukunft der Wärmenetze ist jedoch als kritisch für die Erreichung der Ziele einzustufen. Ausserdem müssen im Bereich Mobilität deutliche Verbesserungen erzielt werden.

Vollzug Luftreinhaltung gemäss den gesetzlichen Vorgaben (LRV und VOCV)

Die Stadt überwacht die Luftqualität in Winterthur an unterschiedlichen Standorten. Durch den konsequenten Vollzug der Luftreinhalte-Verordnung des Bundes sowie des kantonalen und des städtischen Massnahmenplans Luftreinhaltung konnte der Schadstoffausstoss weiter gesenkt werden. Dennoch werden Feinstaub-, Ozon- und NO₂-Grenzwerte nach wie vor vielerorts überschritten.

Umsetzung Massnahmenplan Luft, u.a. Luft- und Klimakampagne zur Reduktion der Emissionen und Förderprogramme zur Unterstützung privater Aktivitäten

Der Massnahmenplan Luftreinhaltung 2010 setzt in den Bereichen Feuerungen, Industrie und Gewerbe, Fahrzeuge und Strassenunterhalt, Verkehr und Mobilität sowie Öffentlichkeitsarbeit wirkungsvolle Schwerpunkte für eine Verbesserung der Luftqualität in Winterthur. Die Umsetzung zeigt insgesamt ein positives Bild. Einige Massnahmen, insbesondere Förderprogramme, wurden jedoch sistiert, sind

zeitlich verzögert oder bereits überholt. Daher wird 2018 eine Teilrevision des Massnahmenplans geprüft.

Nachhaltige Entwicklung in drei Dimensionen: Erarbeitung und Umsetzung Leitbild zur Verankerung des ganzheitlichen und langfristigen Denkansatzes der Nachhaltigen Entwicklung

Ein Nachhaltigkeitsmonitoring ermöglicht der Stadt, die Entwicklungen bezüglich Nachhaltigkeit in einem Vierjahresrhythmus zu beurteilen. Die Datenerhebung zu den Indikatoren erfolgte im Jahr 2017. Der Monitoringbericht zur Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur wird 2018 veröffentlicht. Die Integration der Nachhaltigen Entwicklung in die Legislaturplanung ist aufgrund knapper Ressourcen noch nicht umgesetzt.

Sicherheitskonzept / Sicherste Grossstadt

Sozialmonitoring: Die Stadtentwicklung erarbeitet die Grundlagen zur Eruierung der meistbelasteten Quartiere / Unterstützung stark belasteter Quartiere.

Der Stadtrat hat im Jahr 2015 das Konzept zur Kenntnis genommen. In der Folge wurden die Kommission Bau und Betriebe, der Zweckverband Regionalplanung Winterthur und Umgebung und die Öffentlichkeit informiert. Die Projektierungskredite für die Lichtsignalanlagen sind im Budget eingestellt. Die Projekte werden durch das Tiefbauamt erarbeitet.

Sicherheitsleitbild erstellen, Sicherheitskommission einsetzen, Sicherheitskonzept mit Handlungsfeldern und Schwerpunkte erstellen, Massnahmen festlegen, Weiterentwicklung und Controlling

Die Stellenaufstockung bei der Stadtpolizei ist im Gange. Das Erreichen des Vollbestandes von 217 Polizeiangehörigern gemäss Allgemeiner Polizeiverordnung ist auf das Jahr 2020 geplant. Das Sicherheitskonzept befindet sich nach anfänglichen Verzögerungen in Bearbeitung. Eine interdepartementale Arbeitsgruppe unter der Leitung eines externen Experten erarbeitet zurzeit die Strategie, im kommenden Halbjahr werden die Aktionspläne verfasst und nach den Sommerferien 2018 soll die Umsetzung beginnen.

Privates Engagement

Die Quartierentwicklung setzt ihren Fokus auf das freiwillige Engagement. Sie unterstützt und befähigt die freiwilligen Trägerschaften in ihren Tätigkeiten (Vernetzung, Informationsaustausch, Schulungen, Sozialzeit-Ausweis)

Ein Konzeptentwurf zur Freiwilligenarbeit in der Stadt Winterthur liegt vor. Massnahmen werden ab 2018 festgelegt.

Unterstützung und Beratung von pflegenden Angehörigen

Im Rahmen eines Pilotprojekts hat das Institut für Pflege der ZHAW bis Ende 2018 eine Beratungsstelle für pflegende Angehörige geführt, die von der Stadt mitfinanziert wurde. Die Erkenntnisse aus dem Projekt fliessen in die städtische Versorgungs- und Angebotsplanung ein. Die städtische Wohnberatung führt das Angebot weiter. Dafür wurde spezifisch auch die Fachlichkeit im Bereich Pflege verstärkt.

Leitbilder

Leitlinien Kinder- und Jugendpolitik: Sicherstellung der Finanzierung der Angebote im Bereich der offenen Jugendarbeit (OJA)

In der Legislaturperiode konnten die kreditrechtlichen Grundlagen für die Beiträge an das Jugendhaus, die Quartierjugendtreffs Sternen Seen, Töss und Wülflingen, die Mojawi (inkl. Jugendkioske in Sennhof und Steig) und die Jugendinfo verlängert bzw. geschaffen werden. Gleichzeitig wurde die Dauer der Kreditbewilligungen zeitlich aufeinander abgestimmt. Sie gelten bis 2021 mit Ermächtigung des Stadtrats zur Verlängerung der Kredite bis 2023.

Leitlinien Kinder- und Jugendpolitik: Förderung von innovativen und nachhaltigen Projekten

Neben der jährlichen Verleihung des Jugendpreises fördert die Stadt weitere innovative Projekte, sei es mit zeitlich beschränkten Projektbeiträgen oder durch die Unterstützung der Projekte durch die Kinder- und Jugendbeauftragte bei der Konzeption und/oder Beschaffung von Drittmitteln. Insbesondere zu erwähnen ist das Jugendprojekt für Toleranz und Zivilcourage «Gegennarrativ Winterthur», das als eines von vier Projekten aus der ganzen Schweiz vom Bundesamt für Sozialversicherungen Beiträge erhält.

Leitlinien Kinder- und Jugendpolitik: Regelmässige Analyse der bestehenden Angebote und bedarfsgerechte Weiterentwicklung

Im Rahmenkonzept der Offenen Jugendarbeit Winterthur wurde ein System zur Kontrolle der Qualität und Wirksamkeit der Arbeit eingeführt. Demnach erstellen die Teams der Jugendförderung für ihre Projekte und Arbeitsfelder Handlungskonzepte, die regelmässig evaluiert werden. Die bedarfsgerechte Weiterentwicklung basiert auf dem Quartiermonitoring (Lupenräume). Die Resultate der

Bedarfsanalyse und der Evaluationen werden der Jugendkommission vorgelegt.

Leitlinien Altersplanung: Sicherstellung von bedarfsgerechten, aufeinander abgestimmten Angeboten im Altersbereich

Die im Rahmen der Altersplanung mit dem Altersforum für die Legislaturperiode geplanten Veranstaltungen zur Vernetzung der Angebote wurden planmässig durchgeführt.

Leitlinien Altersplanung: Bedarfsgerechte Schaffung von Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum

Der generelle Bedarf an Angeboten betreffend Mobilität und Infrastruktur wurde im Rahmen der Veranstaltungsreihe «Älter werden in Winterthur», mit der mehr als 1400 Personen aus allen Quartieren erreicht werden konnten, schriftlich abgefragt. Die Umfrage ergab, dass das Thema die ältere Bevölkerung nicht besonders beschäftigt.

Leitbild Integrationsförderung

Die Mehrheit der städtischen Stellen setzt das Leitbild nicht explizit, aber implizit aus der Arbeitspraxis heraus um. Die Umsetzung wurde durch das Entlastungsprogramm «Balance» verzögert. Prioritäre Massnahmen, wie Auslagerung der Deutschkurse und Sicherung der Frühförderangebote sowie die individuelle Kurspreisvergünstigung, konnten teilweise umgesetzt werden. Die verwaltungsinterne Weiterbildung «Umgang mit Vielfalt» wird neu angeboten. Der Umsetzungsstand des Leitbildes wurde evaluiert. Ab 2018 werden neue Prioritäten festgelegt. Im Jahr 2017 konnte der Stadtrat erste Gespräche mit wichtigen Akteuren im Gebiet Grüze/Neuhegi aufnehmen.

Bewegung und Sport: Regelmässige Kommunikation und Schulung über Inhalte der Merkblätter für Fachstellen der Stadtverwaltung und private Stellen. Regelmässige gemeinsame Nachführung des Sport- und Bewegungsplans

Der Bewegungsplan wird jährlich aktualisiert und der Kommission Bildung, Sport und Kultur präsentiert. Das Handbuch wurde um das Merkblatt «Altersgerechte öffentliche Freiräume» erweitert. Die Merkblätter wurden an einem Anlass des Architekturforums Winterthur präsentiert und bei weiteren Gelegenheiten auch privaten Bauherren vorgestellt. Unter der Leitung der ZHAW konnte zudem das von Bund und Kanton mitfinanzierte Modellvorhaben «Freiräume im Spannungsfeld der Akteurinteressen» durchgeführt werden.

Frühförderung

Die Kooperation mit dem Amt für Jugend und Beratung (AJB) Region Winterthur-Andelfingen wird langfristig etabliert und bedarfsgerecht gestaltet

Das Amt für Jugend und Beratung Region Winterthur konnte im Jahr 2015 eine Stelle für Gemeinwesenarbeit mit Fokus Vorschulalter einrichten und damit die Frühförderung in den Regelbetrieb überführen. Die Organisationsstruktur wurde in einer neuen Kooperationsvereinbarung zwischen dem Departement Schule und Sport und dem Amt für Jugend und Beratung festgehalten. Damit gehört die Fachstelle Frühförderung bei beiden Partnern zu den regulären Leistungen.

Stärkung Quartiere

Das Sozialraummonitoring wird durch die quartierbezogenen Verwaltungsstellen berücksichtigt. Die Versorgung von Sozialräumen mit präventiven Angeboten und städtischer Unterstützung hat Priorität

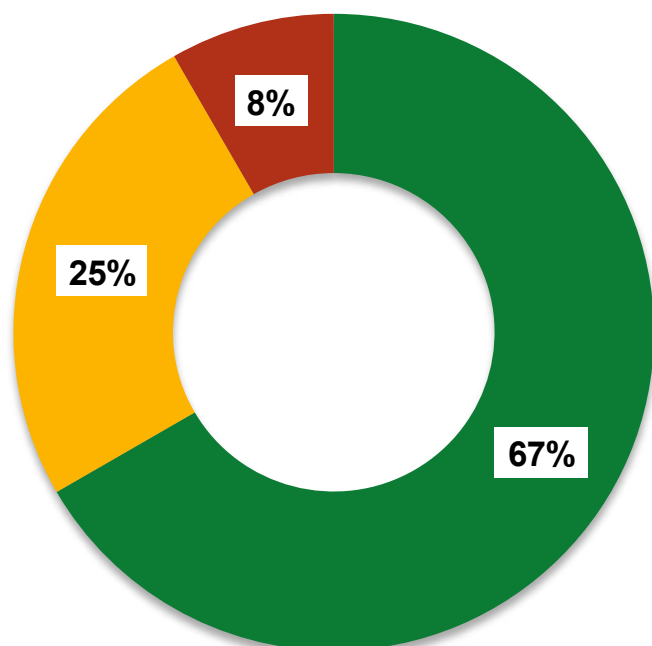
Die finanziellen und personellen Mittel wurden in der quartierbezogenen Arbeit hinsichtlich der «Lupenräume» ausgerichtet. Die Schwerpunkte liegen in Töss/Tössfeld, Gutschick-Mattenbach und Sennhof, seit Juli 2017 auch in Dätt-nau-Steig. Wülflingen soll in Zukunft stärker in den Fokus rücken.

Schwerpunkt 6 Stadtverwaltung

Die vergangene Legislatur stand im Zeichen des Umzugs von 850 Arbeitsplätzen in den Superblock. Wichtig waren aber auch die Zusammenlegung der Stadtgärtnerei und des Forstbetriebs zu Stadtgrün Winterthur sowie der Feuerwehr und des Zivilschutzes zu Schutz & Intervention Winterthur. Durch diese Fusionen konnten Synergien genutzt und Kosten eingespart werden.

Im Bereich Alter und Pflege wurden die Alterszentren und die Spitex in eigenwirtschaftliche Betriebe überführt. Zudem wurde die Organisationsentwicklung der Alterszentren per Ende 2017 abgeschlossen.

Das Stimmvolk genehmigte im November 2016 den Kredit von 82 Millionen Franken für den Bau eines neuen Polizeigebäudes deutlich.



Struktur/Aufgaben-Überprüfung

Prüfung Verselbstständigung Stadtwerk / Stadtbus

Die Prüfung «Verselbstständigung von Stadtbus» wurde zugunsten des entsprechenden Vorhabens für Stadtwerk Winterthur zurückgestellt. Das Projekt «Verselbstständigung von Stadtwerk Winterthur» wurde jedoch vom Stadtrat aufgrund der Geschehnisse rund um die Wärme Frauenfeld AG vorderhand nicht weiter verfolgt. Aktuell wird die Eignerstrategie von Stadtbus geprüft.

Prüfung Zusammenlegung Stadtgärtnerei / Forstbetrieb

Die Zusammenführung der Bereiche Stadtgärtnerei und Forstbetrieb zum neuen Bereich Stadtgrün Winterthur wurde im Jahr 2016 umgesetzt und bewährt sich seither.

Damit die Stadtpolizei ihre Kundenorientierung sowie Effizienz weiter stärken kann, wird ein neues Polizeigebäude an der Obermühlestrasse erstellt

Die Winterthurer Stimmbevölkerung hat am 27. November 2016 den Kredit von 82 Mio. Fr. für den Bau des neuen Polizeigebäudes deutlich genehmigt. Der Neubau soll im Jahr 2022 eröffnet werden.

Alterszentren/Spitex

Versorgungsstrategie

Für das Projekt wurden Vorarbeiten geleistet sowie Grundlagen geschaffen (Aufbereitung von Kennzahlen). Voraussetzung für die Erarbeitung der Versorgungsstrategie sind Angaben zum zukünftigen Bedarf aufgrund der Entwicklung der Bevölkerung und des Pflegebedarfs. Die dazu vom Kanton in Auftrag gegebene Obsan-Studie erscheint voraussichtlich im Frühjahr des Jahres

2018. Die Erarbeitung der Strategie wird sodann angegangen.

Entwicklung einer Angebotsstrategie für die fünf städtischen Alterszentren und die Spitex

Im Rahmen der Organisationsentwicklung konnten die Standorte gestärkt und auch die Profile der einzelnen Häuser geschärft werden. Aufgrund der Abhängigkeiten der städtischen Versorgungsstrategie mit der Angebotsstrategie Alter und Pflege erfolgt die Erarbeitung im Rahmen von geleiteten und aufeinander abgestimmten Prozessen sowie vor dem Hintergrund der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen.

Überprüfung der Rechtsform der Alterszentren

Die Überprüfung der Rechtsform der Alterszentren setzt voraus, dass betriebliche und städtische Aufgaben im Rahmen der Pflegeversorgung entflechtet werden. Der Stadtrat hat diesbezüglich erreicht, dass u.a. die Alterszentren und die Spitex seit dem Jahr 2016 Eigenwirtschaftsbetriebe sind. Im Rahmen der Versorgungsstrategie wird geklärt, ob und in welchem Umfang die Gewährung der Versorgungssicherheit städtische oder zumindest städtisch kontrollierte Angebote voraussetzt.

Weiterentwicklung Organisation mit Fokus auf Stärkung der Standorte der Alterszentren unter Beibehaltung von zentralen Supportdiensten

Die aufgrund der Analyse Werren in Auftrag gegebene Organisationsentwicklung wurde per Ende 2017 abgeschlossen. Zur Stärkung der Standorte der Alterszentren wurden Standortleitungen eingesetzt und Funktionen gestärkt, die nahe an den Bewohnenden sind (z.B. Pflege und Betreuung). In den neu geschaffenen Zentralen Diensten werden u.a. mit den Finanzen, der Kundenadministration und der Informatik häuserübergreifende Dienstleistungen für die Alterszentren und Spitex erbracht.

Sicherheitsorganisation

Fusion von Feuerwehr und Zivilschutz zu einem Kompetenzzentrum für Schutz und Rettung

Der Stadtrat hat das Fusionsprojekt im Jahr 2015 umgesetzt. Der aus der Zusammenführung von Feuerwehr und Zivilschutz entstandene Bereich «Schutz und Intervention Winterthur» nahm im selben Jahr den Betrieb auf und bewährt sich seither.

Fokus

Das Projekt Fokus wird erfolgreich umgesetzt und abgeschlossen

Im Jahr 2015 wurde die Massnahme umgesetzt und der Superblock bezogen. Heute sind dort 850 Verwaltungsangestellte tätig, die zuvor an 26 Standorten untergebracht waren. Der Schlussbericht zum Projekt Fokus wurde vom GGR im Jahr 2017 zur Kenntnis genommen.

Unternehmensleitbild

Beschluss Unternehmenswerte und Führungsgrundsätze

Gesamtstädtische Unternehmenswerte und Führungsgrundsätze wurden im Jahr 2014 entwickelt und vom Stadtrat verabschiedet. Alle Mitarbeitenden haben die Werte und Grundsätze erhalten. Zudem sind sie elementarer Bestandteil der Einführungsveranstaltungen und Führungskurse. Regelmässige Evaluationen der Umsetzung auf Ebene der Departemente und Gesamtverwaltung fanden in den Jahren 2016 und 2017 statt. Eine nächste Überprüfung erfolgt im Rahmen der Personalbefragung 2018.

Personalbefragung (neue Massnahme)

Um die allgemeine Zufriedenheit der Angestellten mit ihrer Arbeitssituation und die Zufriedenheit mit spezifischen Themenbereichen zu ermitteln, wurden im Jahr 2014 die dritte gesamtstädtische Personalbefragung durchgeführt, Handlungsbedarf identifiziert und Massnahmen abgeleitet. Die nächste Befragung wird im Jahr 2018 stattfinden.

Neues Konzept Personalentwicklung, Kaderdefinitionen und -gefässe, Anpassung Instrumente, Weiterbildungsprogramm

Der Stadtrat hat das neue Personalentwicklungskonzept im Jahr 2016 verabschiedet. Mit der Führungskonferenz und der Kaderinformation wurden neue, zeitgemässe Führungsgefässe eingeführt. Die Anpassung der Instrumente und Optimierung der Weiterbildungsprogrammes ist mit der Umsetzung des neuen Konzeptes zur Personalentwicklung ab 2017 erfolgt und wird in den Folgejahren fortgesetzt.

Impressum

Herausgeber

Vom Stadtrat der Stadt Winterthur am 10. Januar 2018 zuhanden der Öffentlichkeit verabschiedet.

Download

Der vorliegende Bericht kann unter www.stadt.wintertur.ch/stadtrat heruntergeladen werden

Produktion

Stadtkanzlei
Pionierstrasse 7
8403 Winterthur

Januar 2018



